Beschluss 2.2. Bildung fürs Leben: Schule und Ausbildung

Gremium:	Landesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum:	24.11.2018
Tagesordnungspunkt:	TOP 3.2. Sozial (Kapitel und Projekte)

Antragstext

Gute Bildung für jedes einzelne Kind – das ist für uns eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn gute Bildung eröffnet die Chance auf ein selbstbestimmtes Leben. In Deutschland hängt der Bildungserfolg noch immer zu sehr von der sozialen Herkunft eines Kindes ab. Das wollen wir ändern. Wir sehen Schulen als Lern- und Lebensorte, die Möglichkeiten eröffnen und Horizonte erweitern. Alle Kinder können und wollen lernen. Dafür muss es gute Rahmenbedingungen geben und Freiräume, in denen sich alle Beteiligten entfalten und gute Arbeit leisten können.

Lehrer*innen und Seiteneinsteiger*innen ausbilden und qualifizieren

Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Gute Lehrer*innen für unsere Kinder und Jugendlichen zu finden und zu qualifizieren ist die zentrale Herausforderung der Schulpolitik in den nächsten fünf Jahren. Unsere Warnungen vor einem drohenden Lehrkräftemangel wurden viele Jahre lang ignoriert. Das rächt sich nun. Die Universität Potsdam bildet als einzige, brandenburgische Universität Lehrkräfte für fast alle Schulformen und Schulstufen aus. Knapp ein Fünftel aller Studierenden der Universität Potsdam, also ca. 3.300, sind derzeit im Lehramt immatrikuliert. Jährlich verlassen 500 Lehramtsstudierende die Universität Potsdam, eingestellt werden müssten in diesem und den nächsten Jahren aber zwischen 950 und 1200 neue Lehrer*innen pro Jahr. Inzwischen hat die Universität angekündigt, die Zahl der Lehramts-Studienplätze schrittweise bis zum Jahr 2020 auf 1.000 zu erhöhen, was erfahrungsgemäß zu etwa 800 ausgebildeten Lehrer*innen jährlich führt. Und auch nach 2023/24 werden weiter jährlich mehr
als 600 Lehrer*innen benötigt.

Um den großen Bedarf an Lehrkräften zu decken, wollen wir deshalb die Kapazitäten für die Lehramtsausbildung auf Dauer erweitern, insbesondere in den Studiengängen Förder- und Inklusionspädagogik. Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch möglichst gut ausgebildete Lehrer*innen. Wir wollen die ein Lehramtsstudium an der Universität Cottbus, beginnend mit den MINT-Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik), einführen. Außerdem wollen wir, gemeinsam mit den anderen Bundesländern, neue Ausbildungswege entwickeln, zum Beispiel ein duales Studium oder Ein-Fach-Lehrkräfte. Die Lehramtsausbildung wollen wir reformieren und praxisnäher gestalten. Kurzfristig lässt sich der große Bedarf nur über Seiteneinsteiger*innen decken. Wir setzen uns für gute Konzepte ein, um diese zu gewinnen und von Anfang an entsprechend zu qualifizieren.

Mit einer weiteren Erhöhung der Vertretungsreserve wollen wir dem hohen Unterrichtsausfall und dem Wegfall von Teilungs- und Förderunterricht begegnen.

Wir wollen den Arbeitsplatz Schule in den ländlichen Regionen attraktiver gestalten und hier auch ganz neue Lösungen ermöglichen, wie zum Beispiel Vorverträge, dezentrale Seminarstandorte der Lehramtsausbildung, Stipendien mit Lehrverpflichtung sowie Aufstiegschancen.

Wir wollen die Mittel aus dem Digitalpakt des Bundes und der Länder gezielt für den Aufbau der digitalen Bildungsinfrastruktur in den strukturschwachen Kommunen einsetzen.

Zugleich setzen wir uns für einen bundesweit einheitlichen Rahmen für die Bezahlung ein, um den ruinösen Konkurrenzkampf zwischen reichen und armen Ländern um die Bezahlung und Besoldung von Lehrkräften zu beenden. Damit die Lehrkräfte sich stärker auf ihre pädagogische Arbeit konzentrieren können, wollen wir die Schulorganisation anders gestalten und zusätzliches Verwaltungspersonal einführen, z. B. für die Unterstützung der Klassenleitung bei organisatorischen Tätigkeiten. Zur Entlastung der Schulleitung und der Lehrkräfte von Verwaltungsaufgaben wollen wir an großen Schulen hauptamtliche Verwaltungsleitungen einsetzen.

Der Beruf der Lehrkraft hat sich in den letzten Jahren rasant verändert: Heute werden beispielsweise mehr Präsenz an der Schule, Zusammenarbeit mit Psycholog*innen, Sozialarbeiter*innen und anderen Expert*innen und die Nutzung digitaler Medien erwartet. Wir wollen, dass die Vor- und Nachbereitung des Unterrichts in der Schule erfolgen kann. Die Schaffung angemessener Arbeitsplätze für Lehrer*innen innerhalb der Schulen ist dazu dringend erforderlich.

Wir wollen die Schulen stärker als bisher befähigen, auf spezifische Herausforderungen und Problemlagen direkt zu reagieren. Dafür sollen die Schulen einen schuleigenen Fortbildungsetat erhalten, über den sie autonom verfügen können. So eröffnen wir die Möglichkeit, mit Hilfe gezielter Fortbildungen oder professioneller Schulberater*innen schnell geeignete Maßnahmen zu treffen.

Medienbildung und Digitalisierung voranbringen

Um in der modernen Lebenswelt selbstbestimmt teilhaben zu können, ist ein grundlegendes Verständnis der digitalen Technik unverzichtbar. Die neuen Medien bieten große Chancen, aber auch große Gefahren. Sie verändern Kommunikation und Alltag, auch Lernen und Lehren in Schule, Uni und Freizeit ändern sich. Wir wollen mit einem integrierten Konzept gemeinsam mit Bund und Kommunen die technische Ausstattung an allen Brandenburger Schulen für innovativen, digital gestützten Unterricht auf den erforderlichen Stand bringen. Dazu gehören ein schneller Breitbandanschluss und WLAN sowie ausreichend Computer, Laptops oder Tablets. Kinder und Jugendliche müssen frühzeitig den verantwortungsbewussten Umgang mit digitalen Medien lernen. Neben technischen Fähigkeiten gehören dazu ergänzend zur fachübergreifenden Medienbildung auch essentielle Kenntnisse zu ethischen, rechtlichen und politischen Rahmenbedingungen unseres technischen Lebensumfelds. An allen weiterführenden Schulen wollen wir Informatik
oder das neue Fach "Digitale Welten" als Wahlpflichtfach etablieren. Auf einer landesweiten Plattform wollen wir freie Lernangebote (Open Educational Resources) zugänglich machen und so den Austausch zwischen Lehrer*innen unterstützen. Wir wollen einen Runden Tisch Medienbildung etablieren, um alle beteiligten Akteur*innen besser zu vernetzen.

Die Schule im Dorf lassen - Grundschulstandorte erhalten

Zur Qualität von Bildung gehört für uns auch, dass unsere Kinder nicht täglich wertvolle Lebenszeit an Bushaltestellen und in Schulbussen verschwenden. Deshalb wollen wir möglichst viele Grundschulstandorte erhalten oder schaffen, ohne Abstriche an der Bildungsqualität zu machen. In den ländlichen Räumen kann dieses Ziel beispielsweise mit Filialgrundschulen mit Außenstellen bis zur 4. Klasse und einem zentralen Standort bis zur 6. Klasse erreicht werden.

Von der Kita in die Schule - mehr Zeit (und Geld) für gelungene Übergänge

Guter Unterricht beginnt vor dem ersten Schultag. Um den Übergang der Kinder von der Kita zur Grundschule zu verbessern, müssen Schulen und Kitas besser kooperieren können. Das gilt auch für den Übergang von der Schule zur weiteren Ausbildung. Schließlich gehören die Übergänge im Bildungssystem zu den sensibelsten Phasen im Bildungsweg eines Kindes.

Längeres gemeinsames Lernen auch nach Klasse sechs

Auch nach der 6. Klasse gilt für uns: Die Qualität der Schule ist entscheidend. Für die Qualität ist es förderlich , wenn Kinder und Jugendliche deutlich länger gemeinsam lernen können. Die bestehende Schulstruktur in der Sekundarstufe I ist das Ergebnis halbherziger Schulreformen der Vergangenheit. Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche möglichst lange gemeinsam lernen. Als ersten Schritt einer Veränderung wollen wir daher die Oberschule stärken und zu einer Schule weiterentwickeln, die auch den Bildungsgang zur allgemeinen Hochschulreife einschließt. Wir möchten eine Schulform, die alle Abschlüsse ermöglicht und niemanden frühzeitig ausschließt. Darum bestärken wir alle Schulträger, die gemeinsames Lernen bis zur 10. Klasse oder darüber hinaus anbieten wollen. In ländlichen Regionen wollen wir Schulträger und Schulen ermutigen, Oberschulen und Gymnasien zu Gesamtschulen mit Oberstufe zusammenzulegen. Modularisierte Oberstufen und doppelqualifizierende Bildungsgänge, die Abitur und
Berufsausbildung („Berufsabitur“) verbinden, finden unsere Unterstützung.

Inklusive Schule: Mehr individuelle Förderung für alle!

Wir unterstützen das Ziel eines inklusiven Bildungssystems. Inklusiver Unterricht bedeutet die individuelle Förderung jedes Kindes – ganz gleich ob mit oder ohne Förderbedarf, ob leistungsstark oder eher schwach. Wir wollen Schulen dazu befähigen, sich noch weiter zu öffnen und gleichzeitig die besonderen Fähigkeiten aller Lernenden zu entwickeln. Wir unterstützen das Ziel, dass möglichst alle Schulen das Konzept der „Schule für Gemeinsames Lernen“ übernehmen. Gleichzeitig brauchen wir inklusive Schwerpunktschulen für besondere Förderbedarfe wie „körperliche und motorische Entwicklung“, „Sehen“, „Hören“ und „geistige Entwicklung“. Vor allem in der Sekundarstufe besteht bei der Inklusion noch Nachholbedarf. Die Lehrkräfte brauchen mehr und bessere Angebote, sich entsprechend zu qualifizieren. Uns ist wichtig, dass der Anspruch auf einen Hortbesuch von Kindern mit Förderbedarf auch nach Abschluss der sechsten Jahrgangsstufe unkompliziert in allen Kommunen möglich ist. Die schulinterne
Verwendung der Mittel für die Inklusion darf nicht für den Vertretungsunterricht herangezogen werden. Zudem wollen wir die Klassengrößen für den inklusiven Unterricht weiter senken. Wir wollen es Schulen ermöglichen, in demokratischer Selbstentscheidung bis Klasse neun auf Ziffernnoten zu verzichten und den Lernfortschritt und die Lernentwicklung in verbalen Beurteilungen sowie Ziel- und Bilanzgesprächen zu dokumentieren.

Die Kulturelle Bildung wollen wir stärken und allen Kindern und Jugendlichen während ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen.

Wir fördern Kreativität und neue Unterrichtformen wie projektbezogene Gruppenarbeit und stellen dafür auch entsprechende Räumlichkeiten, wie Werkstätten und sogenannte „Fablabs“ (Fabrikationslabore) bereit.

Die Schulsozialarbeit wurde in den letzten Jahren weiter ausgebaut, aber es gibt noch Lücken, die wir schließen wollen. Auch die schulpsychologische Betreuung wollen wir schrittweise verbessern.

Willkommen: Geflüchtete Kinder und Jugendliche gut integrieren

Ohne eine engagierte Arbeit an unseren Schulen wird Integration nicht gelingen. Für den Unterricht in den Vorbereitungsklassen und besonders für die Übergänge in die Regelklassen brauchen wir gut fortgebildete Lehrkräfte und Schulsozialarbeit. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von Lehrkräften zu nutzen, die selbst geflüchtet sind und unterstützen das „Refugee Teacher Program“ an der Universität Potsdam.

Ganztagsschulen weiterentwickeln

Wir wollen die Anzahl und Qualität der Ganztagsschulen bedarfsgerecht steigern. Von einer guten Ganztagsschule erwarten wir eine Rhythmisierung des Tages: Phasen des intensiven Lernens wechseln sich mit Entspannungsphasen ab. Kollektive und individuelle Unterrichtsphasen sowie Gruppenarbeit

haben ihren Platz im Tagesverlauf, ebenso wie eine Versorgung mit gesundem Essen aus regionalen Produkten. Mehr Qualität erfordert eine bessere Integration von Schule und Hort, vor allem bessere Angebote für die Jahrgangsstufen vier bis sechs. Wir wollen, dass sich Lehrkräfte und Horterzieher*innen gemeinsam fortbilden und integrierte Konzepte entwickeln können. Die Ganztagsangebote der weiterführenden Schulen in der Sekundarstufe I (Klasse sieben bis zehn) wollen wir weiter ausbauen. Die Jugendsozialarbeit wollen wir dabei einbeziehen und verstärken. Neben gut qualifizierten Lehr- und Fachkräften brauchen die Schulen auch selbst zu verwaltende Budgets für freie Honorarkräfte, damit spezielle

34 Bildungsangebote gemacht werden können. Damit erreichen wir eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Berufstätigkeit und leisten durch zusätzliche Bildungsangebote einen Beitrag zu mehr Bildungsgerechtigkeit.

35 Berufsorientierung fördern

36 Bundesweit gibt es 326 Ausbildungsberufe und über 16 000 Studienangebote – die individuell richtige Entscheidung zu treffen ist eine der großen Herausforderungen auf dem Lebensweg junger Menschen.

37 In der Schule als zentralem Lern- und Lebensort für die Schüler*innen muss Berufs- und Studienorientierung (BSO) eine größere Rolle spielen, zum Beipiel im Fach Wirtschaft-Arbeit-Technik (WAT) bzw. in der Oberstufe im Seminarkurs zur Studien- und Berufsorientierung. Wir wollen die Berufsorientierung zu einem Qualitätsmerkmal jeder Schule machen und das Qualitätssiegel „Exzellente Berufsorientierung" fördern. Die Betriebspraktika an den weiterführenden Schulen müssen einen festen Platz im Schuljahreskalender haben, ebenso das Praxislernen oder die Gründung von Schülerfirmen. Kooperationen von Unternehmen, Industrie- und Handelskammer (IHK), Handwerkskammer, Bundesagentur für Arbeit, Vereinigung der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg mit Schulen sowie den Aufbau von Berufs- und Studienorientierungs-Teams an den weiterführenden Schulen wollen wir stärken.

38 Die Zustimmung der Brandenburger Jugendlichen zu ihrem Land und zu ihrer Heimatwollen wir durch eine qualifizierte Berufs – und Studienorientierung an den Schulen fördern, zum Beispiel mit einem regionalen runden Tisch, an dem Betriebe und Unternehmen, Schulen und die Jugendberufsagentur den Übergang in die duale Ausbildung oder das duale Studium thematisieren. Den "Brandenburgischen Ausbildungskonsenses" wollen wir fortschreiben, um die betriebliche Berufsorientierung und die duale Ausbildung weiter zu stärken. Analog wollen wir ein Konzept entwickeln, das die Studienorientierung und den Übergang von Schule zur Hochschule im Fokus hat.

39 Duale Ausbildung stärken

40 Die beruflich duale Ausbildung ist ein wichtiger Erfolgsfaktor in unserem Bildungssystem. Wir wollen sie stärken und die Oberstufenzentren personell und technisch gut ausstatten, damit sie mit den veränderte Rahmenbedingungen in der Praxis Schritt halten können. Noch immer gibt es zahlreiche unbesetze Lehrstellen, während gleichzeitig junge Menschen auf der Suche nach einem geeigneten Ausbildungsplaz sind und viele Unternehmen gar nicht ausbilden. Um Betriebe und Bewerber*innen besser zusammenzubringen, brauchen wir Verbesserungen im Öffentlichen Personennahverkehr und ein kostenfreies Azubi-Ticket.

41 Fast jede*r dritte Auszubildende in Brandenburg wechselt die Lehrstelle oder bricht die Ausbildung sogar ganz ab. Diese Zahl wollen wir deutlich reduzieren. Fehlende Ausbildungspläne, Überstunden sowie schlechte Bezahlung sind laut Ausbildungsreport des Deutschen Gewerkschaftsbundes in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir setzen uns für Mindestausbildungsvergütungen und bessere Beratung und Kontrolle der Ausbildungsbetriebe ein.

42 Die Ausbildung an beruflichen Schulen muss für zukünftige Erzieher*innen, Altenpfleger*innen und Sozialassistent*innen kostenfrei sein. Wir wollen für diese Berufe eine duale Ausbildung, die eine Ausbildungsvergütung einschließt, einführen.

43 Das System der dualen Ausbildung hat sich bewährt, doch bei vielen Jugendlichen mit Vermittlungshemmnissen stößt es an seine Grenzen. Daher brauchen wir gute Schulsozialarbeit und Qualifizierungsmaßnahme wie „produktives Lernen“ oder überbetriebliche Lernorte, die benachteiligte oder geflüchtete Jugendliche auf ihrem Weg in die Ausbildung oder Berufsfindung begleiten.

44 Räume für individuelles und kreatives Lernen bauen

45 Gute Schule ist angstfrei, macht Spaß, bietet ausreichend Zeit bei Lernproblemen, gibt Unterstützung und ermöglicht individuelle Lernwege. In den Kommunen machen wir uns dafür stark, an moderne Lernformen angepasste Unterrichtsräume zu schaffen. Die Raumempfehlungen wollen wir im Hinblick auf moderne Pädagogik und Inklusion aktualisieren. Gerade für Ganztagsschulen gibt es viele Möglichkeiten, mit offenen Raumkonzepten zu differenziertem Unterricht anzuregen,moderne Medien einzubeziehen und Schule als Lebensraum zu gestalten. Deshalb wollen wir ein Förderprogramm für die Sanierung oder den Neubau von Schulen auflegen.

46 Schulen in freier Trägerschaft

47 Schulen in freier Trägerschaft bereichern die Schullandschaft. Daher setzen wir uns auch für ein faires, transparentes und verlässliches Finanzierungsmodell für die Schulen in freier Trägerschaft ein. Die Wartefrist bis zur Bezuschussung durch das Land wollen wir auf zwei Jahre verkürzen. Auch kleine (Eltern-) Initiativen wollen wir besser unterstützen. Außerdem wollen wir alle Schulen in die Schulentwicklungsplanung und die kommunalen Bildungslandschaften einbeziehen, ebenso wie in die Schulvisitation.

48 Mehrsprachigkeit ist ein Gewinn

49 Brandenburg braucht endlich ein Mehrsprachigkeitskonzept, das auch Polnisch als Nachbarsprache, Sorbisch als Minderheitensprache und die Herkunftssprachen der Lernenden berücksichtigt. In der Sprachforschung ist unbestritten, dass die Zweitsprache umso besser gelernt werden kann, je besser die Muttersprache beherrscht wird. Wir wollen Mehrsprachigkeit stärker fördern und bedarfsgerechte Angebote für alle Altersgruppen schaffen.

50 Lebenslanges Lernen ermöglichen

51 Die Erwachsenenbildung ist unverzichtbar für das berufliche, politische und kulturelle Leben in unserer demokratischen Gesellschaft. Volkshochschulen ergänzen die Weiterbildungslandschaft und tragen durch die Sprach- und Integrationskurse maßgeblich zur Integration der Geflüchteten bei. Wir wollen die Grundförderung für die Volkshochschulen aufstocken und setzen uns für faire Honorare und qualifiziertes Personal ein.

52 Den Zweiten Bildungsweg wollen wir ausbauen und gerade auch in den ländlichen Räumen erreichbar machen. Er ist eine Möglichkeit, versäumte Bildungschancen nachzuholen und die persönlichen Fähigkeiten für den Arbeitsmarkt zu verbessern. Lange Anfahrtswege sind jedoch oftmals ein Hindernis für den erfolgreichen Abschluss. Dem wollen wir mit verstärkten online-Angeboten begegnen.

53 Bibliotheken als wichtige kulturelle Treffpunkte stehen in der finanziellen Verantwortung der Kommunen. Wir wollen sie als Standortfaktoren in die regionalen Entwicklungsplanungen einbeziehen.

54 Partizipation: Gute Bildung wächst von unten

55 Wir sind überzeugt: Gute Bildung lässt sich nicht „von oben“ verordnen. Sie kann nur „von unten“ wachsen. Wir setzen auf die Zusammenarbeit aller Beteiligten: Von Eltern, Schulen, Zivilgesellschaft, staatlicher Verwaltung und bis zur regionalen Wirtschaft. Wir wollen die Vertretungsorgane von Schülerinnen und Schülern in ihren Rechten stärken, vor allem auf der Kreis- und Landesebene. In allen Bildungsbereichen wollen wir zudem die Vernetzung der Eltern voranbringen. Deshalb unterstützen wir den weiteren Aufbau von Kita-Beiräten. Auch Sport- und Kulturvereine, Träger der Jugendhilfe und

andere Einrichtungen sollen stärker in die Gestaltung der Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche einbezogen werden.

56 Mehr Geld für Bildung

57 Bildung eröffnet Zukunft – für den Einzelnen, aber auch für unsere freiheitlich-demokratische Gesellschaft. Darum sind Bildungsausgaben für uns Bündnisgrüne unverzichtbare Investitionen in die Zukunft. Wir wollen allen Kindern und Jugendlichen gleich gute Bildungschancen bieten – unabhängig von ihrer Herkunft, von ihren Lebensumständen und dem Geldbeutel ihrer Eltern. Die notwendigen Verbesserungen des Bildungssystems sind nicht zum Nulltarif zu haben. Deshalb wollen wir deutlich mehr Geld in das Bildungssystem stecken - für eine bessere Qualität in unseren Kitas und Schulen.